

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Zur teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. ob. Kontoforen hinjällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die Reklamezeile 45 Pf. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 62

Altensteig, Mittwoch, den 15. März 1933

56. Jahrgang

Auswirkungen der „nationalen Revolution“

Eroberung der Rathhäuser — Stärkung des Reichsgedankens

Der Reichstanzler hat in seiner Rundfunkansprache am vergangenen Sonntag zum ersten Mal das Wort „nationale Revolution“ ausgesprochen. Damit ist das Wort und der Begriff durch den Mund des ersten Beamten des Deutschen Reiches legalisiert worden. Und in der Tat stehen wir mitten drin in einer Revolution, der zweiten, die wir im Verlauf von 14 1/2 Jahren erlebten. Das mag manchem überraschend klingen, aber dem aufmerksamen Beobachter der Zeichen der Zeit konnte die große Wende nicht verschlossen bleiben, die bereits am 30. Januar eingetreten war. Der einzige Unterschied, der äußerlich bei den Revolutionen mit den verschiedenen Vorzeichen ins Auge fällt, besteht darin, daß 1918 erst der revolutionäre Akt erfolgte, dem durch die Volksabstimmung und den Wahlen zur Nationalversammlung nachträglich die Legalität verliehen wurde. Diesmal erfolgte erst die Volksabstimmung und dann erst fiel von Regierungsseite das Wort „Revolution“.

Die Sprache der Tatsachen ist stets härter und ausschlaggebender. Deswegen sind diese Gegenüberstellungen der Worte belanglos angesichts der Ergebnisse, die durch den Umschwung herbeigeführt worden sind. Der Flaggenerlaß des Reichspräsidenten legalisiert nur den Zustand und Tabubruch, der seit dem 5. März besteht. Die preußischen Gemeindevahlen sind im kleineren Maßstab nichts anderes als eine Bestätigung des Zustandes, der durch den 5. März geschaffen worden ist. Auch auf den Rathhäusern herrschen jetzt die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie im Reich und in Preußen. Das gleiche gilt für die Provinziallandtage, was staatsrechtlich insofern wichtig ist, als nunmehr im preußischen Staatsrat wie auch im Reichsrat die Stimmen der preußischen Provinzen der Regierungsmehrheit zuzuzählen sind. Wenn nun in den nächsten Wochen verfassungsgemäß die preußische Regierung gebildet wird, bei der die wichtigsten preußischen Ministerien mit den entsprechenden des Reiches durch Personalunion verbunden werden, dann ist in allen preußischen Formen der Verwaltung und der Selbstverwaltung die Gleichhaltung mit dem Reich erfolgt, der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen gehört der Vergangenheit an. Das prophetische Wort Friedrich Wilhelms IV. aus den Märztagen des Jahres 1848: „Preußen geht nunmehr in Deutschland auf!“ ist in Erfüllung gegangen.

Diese Neuordnung der Verhältnisse wird nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Länder bleiben. Die Umwälzung des Jahres 1918 beschränkte sich nur auf die Aenderung der Staatsform und die Anwendung des demokratisch-parlamentarischen Regimes auf die Länder und auch auf die Gemeinden. Gewiß, das Reich Bismarckscher Prägung war uns erhalten geblieben, aber ein einziger Fortschritt in der Richtung auf das Reich hin war nicht erfolgt. Im Gegenteil, wir schleppten gewisse Probleme staatsrechtlicher Neu- und Umgestaltung mit den Requiraten einer historischen deutschen Tradition durch die Jahre hindurch mit uns herum. Man braucht nur an die Verge der Entwürfe und Denkschriften zur Reichsreform zu erinnern. Von Jahr zu Jahr gewann der Partikularismus wieder an neuer Kraft und das böse Wort von der Mainlinie tauchte wieder auf. Dieser innere Gegenjah blieb leider auch nicht ohne Auswirkungen auf die Führung der Außenpolitik. Der Föderalismus, dessen gesunder Kern in keiner Weise verkannt worden war, weil er auch dem deutschen Wesen am ehesten entspricht, trat mit Forderungen in den Vordergrund, die ungesund und schädigend zu werden drohten.

Das heiße Eisen, das niemand mit kalten Fingern anzufassen wagte, ist nunmehr binnen drei Tagen aus dem Wege geräumt worden. Die dynastischen Bedenken wurden 1918 beseitigt. Sie wirkten sich aber noch aus in der Stellungnahme der Parteien, die in gewissen Dingen eigenwilliger waren, als sich vorher die Dynastien gezeigt hatten. Aber die noch verbliebenen parteipolitischen oder konfessionellen Bedenken ist nun der Volkswille hinweggegangen, die Zielen der Reichstagswahl haben dies unwiderlegbar bezeugt. Der Reichsgedanke ist heute stärker als der Ländergedanke. Das ist das bisher wichtigste Ergebnis der nationalen Revolution, und es ist auch insofern bedeutsam, als dadurch die Reichspolitik nach innen neue, aber bestimmte Wege gewiesen erhält.

Die Vielheit der Stämme Deutschlands war nur solange gefährlich, als sie gegeneinander in verschiedenen Lagern

Diplomatischer Schritt des franz. Botschafters

beim Reichsaußenminister

Berlin, 14. März. Der französische Botschafter Francois Boncet hat heute den Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn v. Neurath aufgesucht, um namens der französischen Regierung wegen der Vorgänge in Rehl, und der Verwendung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone unter Hinweis auf Artikel 43 des Versailler Vertrages Bescheid zu werden zu führen. Der Reichsaußenminister hat diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Weder die Vorgänge in Rehl, noch die Verwendung von Hilfspolizei falle unter die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone. Die im übrigen während 36 Stunden in der Polizeistation in Rehl untergebracht gewesene Polizeimannschaft, von der höchstens jeder zehnte Mann mit einem Jagdgewehr oder Revolver ausgerüstet gewesen sei, noch die Hilfspolizei könnten als bewaffnete Streitkräfte angesehen werden. Im übrigen handele es sich hierbei um innerpolitische Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit dienen.

Berliner Pressestimmen zum Schritt des franz. Botschafters

Berlin, 15. März. Die wenigen Blätter, die zur Zurückweisung der Beschwerde des französischen Botschafters durch den Reichsaußenminister schon Stellung nehmen, geben ihrer Meinung über die Haltung des Freiherrn v. Neurath Ausdruck.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zitiert den vom französischen Botschafter angelegenen Artikel 43 des Versailler Vertrages, in dem die Unterhaltung oder die Zusammenziehung einer bewaffneten Macht in der entmilitarisierten Zone verboten ist. Das Blatt sagt: Wir können beim besten Willen nicht verstehen, wie die französische Regierung ihren Schritt mit diesem Artikel begründen will. Der ganze Vorgang des Erscheins des französischen Botschafters im Auswärtigen Amt muß auf die übertriebene Berichterstattung in der französischen Presse zurückgeführt werden, die keineswegs im Einklang mit den tatsächlichen Vorfällen steht.

Der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt, es bleibt wieder einmal Paris vorbehalten, aus einem unerheblichen Anlaß „Vertragsverletzungen“ herauszufinden und künstliche Entwürfe über Vorgänge rein innerdeutscher Natur vorzutauschen. Immerhin wird durch diesen eindeutigen Versuch, auf die innerpolitische Entwicklung in Deutschland Einfluß zu nehmen, die französische Geisteshaltung wieder einmal völlig klargestellt und wieder einmal die Aufmerksamkeit auf den Skandal gelenkt, daß wir in einem Teile unseres eigenen Landes in unseren Hoheitsrechten so weitgehend eingeschränkt sind, daß eine andere Macht daraus den Anspruch auf Kontrolle deutscher Polizeimaßnahmen ableiten zu dürfen glaubt.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt, die ganz unverständliche Auffassung der Franzosen ist mit Recht vom Auswärtigen Amt zurückgewiesen worden. Man darf nur hoffen, daß die französische Regierung aus dieser Ablehnung die Lehre zieht, uns ferner mit Einmischungen in innerdeutsche Verhältnisse, die sie nichts angehen, zu verschonen.

Heute Regierungsbildung in Württemberg

Reichsbanner und Eiserne Front aufgelöst

Stuttgart, 14. März. Die Entscheidung über die Regierungsfrage in Württemberg ist am Dienstag nachmittag in München bei den Verhandlungen zwischen den Würt. Führern der Nationalsozialisten und Reichstanzler Adolf Hitler dahin gefallen, daß der Würt. Landtag am Mittwoch, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, zur Wahl des Staatspräsidenten und des Landtagspräsidenten zusammentritt. Daraus, daß die Tagesordnung der Landtagsitzung dieselbe ist wie am Samstag, kann der Schluß gezogen werden, daß sich auch in den bereits bekanntgegebenen Plänen für die Befreiung der Weimarer nichts geändert hat.

Wenn der Landtag zusammentritt, um den Staatspräsidenten und den Landtagspräsidenten zu wählen, wie das ursprünglich schon am letzten Samstag geschehen sollte, so bedeutet dies, daß die nach München zu den Verhandlungen mit Reichstanzler Adolf Hitler entsandten Vertreter der nationalsozialistischen Partei einen anerkanntenswerten Erfolg erzielt haben, indem der Boden der Verfassung nicht verlassen und die Regierungsbildung nicht durch Diktat, sondern auf legalen Wege vorgenommen wird. Der Reichskommissar bleibt also Württemberg erspart und dem Landtag sein Recht erhalten. Die Ausschaltung des Landtages wäre einer empfindlichen Einschränkung der Volksrechte gleichgekommen und in Württemberg ist der Kampf um die Volksrechte so alt wie das politische Denken seiner Bürger. Daß sonach der Weg beschritten wird, der von vornherein auf Grund der zwischen den Rechtsparteien, aber auch mit dem Zentrum getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden sollte, kann deshalb nur begrüßt werden. Noch besser freilich wäre es gewesen, wenn man das Land nicht in die mit dem Münchener Zwischenakt verbundene Ungewissheit gestürzt hätte. Ob man dem Beispiel Hessens folgen und den soeben erst eingebrachten Etat für 1933 in allen Besungen sofort annehmen soll, um so für die nächste Uebergangszeit die Austragung politischer Kämpfe im Landtag sich zu ersparen, aber auch der Regierung auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes Zeit und Ruhe für ihre Arbeit im Rahmen der Verfassung zu lassen, ist eine Frage, die sich im Augenblick noch nicht beantworten läßt.

Zusammentritt des Landtages

Stuttgart, 14. März. Landtagspräsident Wergenthaler hat den Landtag auf morgen Mittwoch, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, einberufen mit der Tagesordnung: Wahl des Staatspräsidenten und Neuwahl des Landtagspräsidenten. — Der Plenarsitzung des Landtages gehen Fraktionsführungen der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, des Zentrums, der Demokraten und des Christlichen Volksdienstes voraus.

Wenden. Das Jahr 1933 bildet den Abschluß dieser unheimlichen Epoche. In seinem Rahmen, in seinem Schuß wurde dieselbe Vielheit der Stämme zu einem Reichstum namentlich an kulturellen Gütern. Das soll auch in Zukunft so bleiben, weil wir uns dieses Reichstums nicht vorzeitig begeben wollen. Wir wissen, daß noch mancherlei Hemmnisse und Hindernisse namentlich im Süden unseres Vaterlandes die Neuordnung bestehen. Vor allem werden sie sich in der tra-

Reichsbanner und Eiserne Front aufgelöst

Stuttgart, 14. März. Vom Polizeikommissar für das Land Württemberg wird mitgeteilt: Auf Grund der Paragraphen 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 hat der Polizeikommissar für das Land Württemberg folgendes angeordnet:

1. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und die „Eiserne Front“ sowie sämtliche Vereinigungen, die für die Belange dieser beiden Organisationen eintreten, werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten. Das Vermögen dieser Vereinigungen ist beschlagnahmt und bis zum 18. März 1933 beim zuständigen Oberamt, in Stuttgart beim Polizeipräsidium, abzuliefern.
2. Das Tragen von Uniformen sowie das Tragen und Führen von Abzeichen jeder Art, die die Zugehörigkeit zu den in Nr. 1 angeführten Vereinigungen kennzeichnen, wird verboten.
3. Auf Gebäuden und Grundstücken dürfen nur noch Schwarz-weiß-rote und Halbkreuzfahnen, die Fahnen der nationalen Verbände, die Fahnen der Länder und Gemeinden sowie die Flaggen nachweislich unpoltischer Vereinigungen (z. B. die Fahnen der Kirchen, studentischer Korporationen und von Sportvereinen) gezeigt werden. Das Zeigen von Fahnen der kommunistischen oder sozialdemokratischen Parteien sowie ihrer Nebenorganisationen, insbesondere der unter Nr. 1 angeführten Vereinigungen, ist in jedem Falle verboten.
4. Sämtliche Waldheime und Sportplatzanlagen der KPD und ihrer Hilfsorganisationen, insbesondere der „Roten Sporteinheit“, werden mit sofortiger Wirkung geschlossen.

Der Polizeikommissar für das Land Württemberg, Herr von Jagow, läßt folgendes mitteilen: Weder er selbst noch die von ihm zur besonderen Verwendung herangezogenen Beamten, SA- und SA-Führer, erhalten besondere Bezüge für ihre Tätigkeit. Ihre Tätigkeit ist vielmehr ehrenamtlich.

Rund 500 Kommunisten verhaftet

Stuttgart, 14. März. In ganz Württemberg einschließlich Stuttgart wurden, wie die „Südd. Zeitung“ hört, rund 500 Personen in Schutzhaft genommen. Eine genaue Zusammenstellung der Polizei liegt noch nicht vor. Die Zahl der Verhaftungen wird sich jedoch eher erhöhen als vermindern. Die Verhafteten sind auf die verschiedenen Anstalten des ganzen Landes verteilt. Wahrscheinlich werden sie dann in Konzentrationslagern untergebracht, wo sie, hat das deutsche Volk zu verstehen, wieder arbeiten lernen müssen.

ditionellen Richtung der Befürchtung einer Verpreuung bewegen. Auch hier soll man die Zeichen der Zeit beachten. Preußen war bislang das stärkste Bollwerk der eigentlichen Länderpolitik. Nun, da es im Reich aufgegangen ist, kann nur noch das Reich allein Werbe- und Magnetkraft ausstrahlen. Das geschlossene Bekenntnis des Volkes zum Reichsgedanken ist auch die größte und nachhaltigste Stärkung unserer Außenpolitik.



„Kein Papierkrieg, aktive Propaganda“

Eine Unterredung des Reichsministers Dr. Göbbels mit einem Vertreter des „Völkischen Beobachters“

Berlin, 15. März. In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Völkischen Beobachters“ führte der neu ernannte Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, dem genannten Blatt zufolge u. a. aus, er selbst werde die Propagandamaschinerie der NSDAP in Anspruch nehmen, um die Massenbeeinflussung zu betreiben und er werde in jedem Falle aktiv in den Redebereich der Nationen eingreifen. Er habe auch die Absicht, jeden Monat ein paar Mal in Berlin zu sprechen, sowohl vor den Funktionären der Partei, als auch in der Öffentlichkeit und damit dem deutschen Volk dauernd die Möglichkeit zu geben, in die Politik der Reichsregierung Einblick zu gewinnen.

„Kein Weg“, so erklärte Dr. Göbbels weiter, „führt nach wie vor ins Volk hinein; denn ich sehe die Hauptaufgabe eines Propagandaministeriums nicht darin, sich in einem Büro zu verfangen und einen Papierkrieg zu führen, sondern der rote Faden, der sich durch meine Maßnahmen ziehen wird, ist — lebendige Propaganda zu betreiben. Ein Propagandaminister muß ebenso organisierten können, wie er die Plakat- und Zeitungspropaganda im Lande beherrschen muß und wie es notwendig ist, als Trommler und Redner selbst aktiv einzugreifen. Was der Aufbau des Propagandaministeriums erstreckt und was wir am Beispiel Rundfunk in den letzten Wochen zeigen konnten, ist das Ziel, die Propaganda nicht zu einer toten Belegung des Volkes zu machen, sondern durch die Propaganda eine aktuelle, lebendige Teilnahme des Volkes an den Ereignissen der Nation zu erreichen.“

Kabinettsitzung in Baden

Ein Bericht des Kommissars des Reiches

Karlsruhe, 11. März. Wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, fand am Dienstag vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Kommissars des Reiches, Wagner, eine Sitzung des neuen badischen Kabinetts statt, bei der der Kommissar einen ausführlichen Bericht über das Vorgehen der Regierung seit der Machtübernahme gab. Die Stellung der neuen Regierung sei weitaus als die aller vorhergegangenen Kabinetts nicht nur, weil sich die Polizei und die gesamte Beamtenschaft geschlossen und freudig hinter sie gestellt haben, sondern vor allem, weil sie im gesamten staatsbeherrschenden Volke anerkannt sei. Es gebe keinen Marzistensturm mehr in Baden. Große Teile der Arbeiterschaft hätten in den letzten Tagen ihren marxistischen Organisationen den Rücken gekehrt und den Weg zur Nation und Volksgemeinschaft gefunden. Die neue Regierung werde rücksichtslos und gründlich die verborgenen Vorgänge der letzten vierzehn Jahre überprüfen und jede Korruption der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Dahin sogar an höchsten Stellen versucht worden sei, im letzten Augenblick noch Altes zu befestigen, beweihe, wie schlecht das Gewissen der abgetretenen Herren sei.

Die Ministergehälter in Baden

Der kommissarische Finanzminister hat am Montagabend eine Verordnung über die Aenderung der Gehaltsbeschränkung der Minister erlassen. Danach beträgt das Gehalt badischer Minister einschließlich Aufwandsentschädigung jährlich 12 000 RM, das Aufwandsgeld des Staatspräsidenten kommt in Wesfall. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Auf die kommissarischen Minister in Baden ist diese Anordnung deshalb ohne Einfluß, weil sämtliche Kommissare und Hilfskommissare ihrer Gehälter berechnungsfrei sind.

Die Verordnung ist auf Grund von Paragraph 56 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ministern und Gemeinden vom 24. August 1931 erlassen.

Ein Schußhaft-Zwischenfall

Bei der Amtsenthebung der badischen Regierung durch den Reichskommissar hat sich ein eigenartiger Zwischenfall abgespielt. Im Zusammenhang mit dieser Amtsenthebung war, wie gemeldet, der Staatspräsident Dr. Schmitt in Schußhaft genommen worden, die nach einigen Stunden ihr Ende erreichte. Während der Schußhaft aber konnte Staatspräsident Schmitt wie der „Bad. Beobachter“ (Nr. 70) berichtet, eine Pflicht internationaler Höflichkeit erfüllen, indem er an einem Festmahl teilnahm, das zu Ehren des päpstlichen Nuntius Orsenigo bestellt war. Freilich fanden zwei SA-Männer vor der Türe des Eßzimmers Posten.

Der Badische Beamtenbund zur Lage

Karlsruhe, 14. März. Wir erhalten folgende Mitteilung: „Der Badische Beamtenbund begrüßt die Erklärungen der Reichsminister Dr. Frick, Göring, Hugenberg und von Bonin sowie des badischen Reichskommissars Wagner, wonach am Berufsbeamtentum deutscher Prägung festgehalten wird. Der Beamtenbund ist mit dem Reichskommissar Wagner der Meinung, daß die badischen Beamten sich als Diener der Gesamtheit fühlen und ihre Pflicht bis zum Äußersten erfüllen. Gerne wird die badische Beamtenschaft ihre Mitarbeit zum Wiedererstarken des Staates sowie zur Befreiung des Volkes von Not und Elend zur Verfügung stellen.“

Thum, Mittel. Röhner, Ehardt.“

Vorbereitungen für den Staatsakt in Potsdam

Berlin, 14. März. Wie wir zu dem feierlichen Akt in der Potsdamer Garnisonkirche erfahren, wird der Reichspräsident vor dem Altar Platz nehmen. Rechts und links werden die Mitglieder der Reichsregierung und die Ministerpräsidenten der Länder sitzen, im Schilf der Kirche die Reichstagsfraktionen, und ganz auf der einen Seite die nationalsozialistische Fraktion, auf der anderen die Vertreter der übrigen Parteien. Das diplomatische Corps und die Presse werden auf der Empore untergebracht. Für die deutsche und die ausländische Presse stehen 80 Plätze zur Verfügung, eine verhältnismäßig nur geringe Anzahl von Sitzen, die sich aus der Beschränkung der Raumverhältnisse ergibt. Die Plätze für die Presse werden den Nachrichtenagenturen und den Berliner Vertretern der auswärtigen Zeitungen vorbehalten. In der Katakomben wird die Reichspost ein besonderes Postamt einrichten.

Sondersteuer für Warenhäuser, Großfilialbetriebe und Einheitspreisgeschäfte

Berlin, 14. März. Die von nationalsozialistischer Seite schon lange geforderte und angekündigte Sonderbesteuerung der Warenhäuser, der Einheitspreisgeschäfte und der Großfilialbetriebe, die als die Totengräber des Einzelhandels angesehen werden, der die Grundlage des Mittelstandes bildet, dürfte in aller nächster Zeit zur Tatsache werden. Wie wir hören, liegt im preussischen Finanzministerium der Entwurf einer Sonderbesteuerung für Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Großfilialbetriebe, der das Preussenkabinett schon in nächster Zeit beschließen wird. Dabei ist nicht an eine grundsätzliche Besteuerung aller Filialbetriebe gedacht, sondern nur an die sogenannten Filialgroßbetriebe, deren Geschäftsgrundlage das Filialwesen bildet. Das Auskommen aus der neuen Steuer soll teilweise zur steuerlichen Entlastung der Kleinbetriebe verwendet werden.

Polens Vorgehen vertragswidrig

Genf, 14. März. Der Völkerbundrat beschäftigt sich in öffentlicher Sitzung mit dem Vorstoß Polens gegen Danzig auf der Weiserplatte. Die kurze Verhandlung endete damit, daß Polens Vorgehen, wie bereits in so vielen anderen Fällen, vom Rat als vertragswidrig festgestellt wurde. Der polnische Außenminister Dr. Bed gab eine Erklärung ab, daß Polen die Truppenverfärbungen auf der Weiserplatte sofort zurückziehen werde.

Der Völkerbundrat hat sich dann noch kurz mit der Frage der Saksenpolizei im Danziger Hafen beschäftigt. Die Danziger Regierung hat sich am 15. Februar erzwungen gesehen, in Folge der Uebergriffe der Polen die Ordnungsbefugnisse im Danziger Hafen wieder in die eigene Hand zu nehmen. Auf den Antrag Polens, in diesem Vorgehen Danzigs eine action directe zu erlauben, ist der Rat heute nicht eingegangen, sondern hat auf den Vorschlag des Berichterstatters beschlossen, die endgültige Regelung dem ordentlichen Verfahren vor dem Hauptausschuß zu überlassen. Sowie die Danzig wie Polen erklärte sich mit diesem Vorschlag, der vom Völkerbundrat angenommen wurde, einverstanden.

90 000 Mann bei der Reichsbahn neu eingestellt

Berlin, 14. März. Unmittelbar mit Beginn des Frühjahrs hat die Reichsbahn ihre Oberbau-, Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten in vollem Umfange aufgenommen. Die Reichsbahn hat hierfür die Einstellung von etwa 70 000 Zeitarbeitern angeordnet. Diese Arbeiter werden bis in die Herbstmonate hinein bei den Bahnunterhaltungstrupps der Reichsbahn beschäftigt werden. Darüber hinaus werden die Privatunternehmer, die von der Reichsbahn zu Oberbauarbeiten herangezogen werden, in die Lage versetzt, über 20 000 Arbeiter hierfür einzustellen. Insgesamt finden also durch diese Oberbauarbeiten der Reichsbahn etwa 90 000 Köpfe von Frühjahr bis Herbst Arbeit und Brot. Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden.

Theaterbrand in einer mexikanischen Stadt

41 Tote, 70 Verletzte

Mexico, 14. März. Im Theater der Stadt Ahualulco im Staat Jalisco brach ein Brand aus, der sich so rasch verbreitete, daß eine große Anzahl von Personen verbrannt und verwundet wurde. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen auf 41 gestiegen. Davon sind etwa 20 Personen auf besonders grausame Weise ums Leben gekommen. Ein kreuzführendes Hauslabel, das nicht genügend gesichert war, geriet nämlich mit der Klientelkonstruktion der oberen Ränge in leitende Verbindung. Die übrigen Toten wurden in den Korridoren gefunden. Sie waren im Gedränge in Boden gestürzt und der Strom der Fliehenden ging über sie hinweg.

Der Vatikan gegen Zentrumspolitik in Deutschland

Die am Montag erschienene Ausgabe der katholischen, dem Vatikan nahestehenden „La Correspondenza“ veröffentlicht einen bedeutenden Artikel über die deutschen Katholiken und den Nationalsozialismus, der größter Beachtung wert ist. In dem Artikel wird gesagt, daß aus der Haltung des Zentrums einerseits und einigen Beschlüssen des deutschen Episkopats aus der Zeit der ersten Hitlerregierungen andererseits Schlüsse gezogen worden seien, die heute nicht mehr zutreffen. Die Mängel der Hitlerbewegung seien allmählich verschwunden und der heutige Aufbau der Partei habe einen anderen Inhalt und weit höhere Bedeutung auch in der Wirkung auf das Ausland. Der Artikel zeigt eine Revision des deutschen Episkopats der Hitlerbewegung gegenüber an und die „Correspondenza“ glaubt, daß diese Revision in der Haltung des katholischen Episkopats gegenüber der Hitlerbewegung noch eine weitere Entwicklung durchmachen werde zum Vorteil des höchsten Wohles der Nation. Hierauf findet die Zentrumspolitik der Nachkriegszeit von der denkbar maßgebendsten katholischen Seite folgende Charakterisierung, die nicht deutlicher sein könnte:

„In einer gesunden Regierungstätigkeit mit festem Programm und klarer Disziplin wird die Hitlerpartei vor allem ein Bollwerk gegen die Gefahr einer bolschewistischen Invasion sein, die den endgültigen Untergang der Nation und das Chaos in Europa bedeuten würde und die in toller und verbrecherischer Selbstvergessenheit von danken ultramontanen Mandarntum gefördert worden sei.“

Kan sieht, Rom hat der Hitlerbewegung gegenüber schnell umgelehrt!

Neues vom Tage

Ausschluß von drei SA-Leuten aus der Partei

Münch, 14. März. Mehrere Angehörige der NSDAP, drangen am Dienstag vormittag in die Wohnung eines jüdischen Kaufmanns ein und forderten unter Vorhaltung von Pistolen die Öffnung des Geldschrankes, aus dem sie 800 RM entwendeten. Drei an der Tat beteiligte Personen wurden festgenommen. Die SA-Leitung schloß diese drei Leute sofort aus der Partei aus und zog ihnen die Braunkemden auf der Stelle aus. Das Strafverfahren wegen räuberischer Erpressung ist eingeleitet worden.

Reichsminister Göbbels vereidigt

Berlin, 14. März. Der Herr Reichspräsident hat heute die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Paul Josef Göbbels, vorgenommen.

Reichstagsbrandplünderer nicht ohne Mittäter

Berlin, 14. März. Die Justizpressestelle teilt mit: In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß von der Lubbe das Feuer im Reichstag allein angezündet habe. Das trifft nicht zu. Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht haben zuverlässige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß von der Lubbe die Tat nicht aus eigenem Antrieb begangen hat. Zur Zeit können Einzelheiten im Interesse der Untersuchung nicht mitgeteilt werden.

Beisprechungen Kardinal Faulhabers in Rom

München, 14. März. Wie der römische Korrespondent der „Münchener Zeitung“ mitteilt, hat Kardinal Faulhaber, der aus Anlaß des Konklaviums in Rom weilt, mit den vatikanischen Kreisen wichtige Beisprechungen über die neue Lage in Deutschland gehabt. Gegenstand dieser Beisprechungen war vor allem die Stellungnahme des Zentrums zur nationalsozialistischen Partei.

Zwei weitere Todesopfer der Neunkirchner Explosionskatastrophe

Neunkirchen, 14. März. Zwei der bei dem furchtbaren Explosionsunglück am 10. Februar Verunglückten sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Damit hat die Explosionskatastrophe 68 Todesopfer gefordert.

Kein Wechsel im Auswärtigen Amt

Berlin, 14. März. Meldungen deutscher Blätter, die auch ihren Weg ins Ausland gefunden haben, wollen wissen, daß in der Leitung des Auswärtigen Amtes ein Wechsel bevorstehe. Wie wir dazu vor zuständiger Stelle hören, handelt es sich um reine Kombinationen, die jeder Grundlage entbehren.

Zur Flaggenfrage

Als das Patentkreuzbanner auf dem Kassengymnasium in Hannover gehißt wurde, erklärte der Reichsbevollmächtigte für das preussische Kultusministerium, Dr. R u f, u. a. zur Flaggenfrage: „Wir werden am 21. März in der Garnisonkirche zu Potsdam eine sehr kurze Reichstagsitzung eröffnen. Wenn diese Sitzungstagung zu Ende ist, werden Sie als Ergebnis feststellen können, daß das Patentkreuzbanner nicht wieder eingezogen wird. Es braucht niemand zu glauben, daß wir nicht genug Ehrfurcht vor dem Sinnbild der schwarz-weiß-roten Fahne haben; aber unser Sinnbild des rassistischen und völkischen Erwachens wird nicht mehr verschwinden. Wir werden diese Fahne durch Reichstagsbeschuß zur Reichsflagge miterheben.“

Die englische Presse stellt den ersten Leistungen Hitlers Anerkennung

Die englische Presse spricht anerkennend von den ersten Leistungen der Reichsregierung. Der politische Mitarbeiter der „Daily Express“ schreibt: Deutschland sei eine mächtige Einheit. In fünf Tagen habe Hitler das getan, was Bismarck 40 Jahre lang umsonst versucht habe. Hitler habe Deutschland geehrt, während Bismarck es in Staaten geteilt zurückgelassen habe. Die „Sunday Times“ schreibt: Die Gefahr einer roten Revolution werde als endgültig beseitigt angesehen. Durch die Gründlichkeit der Hitler-Regierung sei die Gefahr eines Bürgerkrieges vermieden worden. Im „Observer“ wird die außerordentliche Geschwindigkeit der Maßnahmen der Reichsregierung bewundert.

Kommunistische Fahnenengruppe verbrennt ihre Fahne

Berlin, 14. März. Ein Teil der Abendpresse berichtet über einen interessanten Vorgang in Berlin (Neumarkt). Dort hatte sich auf dem Marktplatz die frühere kommunistische Fahnenengruppe mit ihrer zusammengestellten, geknickten Fahne vor der Front der SA, SS, und des Stahlhelms aufgestellt, worauf der Stahlhelmführer eine Ansprache hielt, in der er auf die Bedeutung dieser Stunde hinwies und seine Freude darüber ausdrückte, daß die verführten Landsleute den kommunistischen Irrsinn eingesehen hätten und wieder in die Gemeinschaft deutscher Menschen aufgenommen werden wollten. Die Kommunisten entrollten hierauf ihre rote Fahne, trankten sie mit Spiritus und zündeten sie an, worauf das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gemeinsam gesungen wurden. Diesem symbolischen Vorgang wohnten fast die gesamten Bewohner der Stadt bei.

Fraktionsführerbeisprechung im preussischen Landtag

Berlin, 14. März. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.L. meldet, findet ähnlich wie im Reichstags auch im preussischen Landtag am Mittwochnachmittag eine Beisprechung der Fraktionsgeschäftsführer statt. Die Besprechung wird voraussichtlich in der Weise geföhrt werden, daß die bisherigen kommunistischen Plätze mit für die anderen Fraktionen verwendet werden, so daß der in Aussicht genommene Einbau neuer Plätze im Sitzungssaal unterbleiben kann und Veränderungen im Plenarsaal überhaupt nicht vorgenommen werden brauchen. Den kommunistischen Abgeordneten werden nicht nur keine Plätze gegöhrt, sondern es werden ihnen auch die parlamentarischen Ausweispapiere, so auch die Freifahrtskarten der Reichsbahn nicht zugestellt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 15. März 1933.

Turnweise. Die Vorbereitungen für das 15. Deutsche Turnfest in Stuttgart vom 22. - 30. Juli, dem größten deutschen Feste, das wir in den nächsten Jahrzehnten in unserem Schwabenlande wohl nicht wieder erleben können, nähern sich ihrem Ende. Schon liegen die Termine fest zum 31. März 1933 für die verbilligten Festkarten zu 5 Mark für Erwachsene und für Jugendliche mit 3.50 Mark, und Wohnkarten bis 29. 6. 1933 für Massenquartiere 1.75 Mark und Bürgerquartiere 7. - bezw. 10. - M., gültig für die ganze Dauer des Festes. Die Festkarte gilt als amtlicher Ausweis für Vergünstigungen bei Reichsbahn und Straßenbahn. Das turnerische Leben in den Vereinen ist rege einerseits für das Ruderregattaturnier der Turner und der Turnerinnen, andererseits über die Einzelkämpfer eifrig um die hochgeschraubten Leistungen im Einzelkampf zum Ausscheidungsturnen im April und damit die Zulassung zum Weltkampf zu erreichen. So herrscht allüberall rege und regenreiche Arbeit. Jedoch nicht nur die Turner sollen zum größten deutschen Feste rufen, sondern an die ganze Einwohnerschaft von Altensteig und Umgebung ergeht die freundliche Bitte, an dieser gewaltigen deutschen Kundgebung, die für jedermann ein Erleben bilden wird, teilzunehmen. Der Turnverein ist gerne bereit, die verbilligten Festkarten und Wohnkarten zu beschaffen. Meldungen werden von allen Funktionären, wie auch in der nächsten Turnversammlung am kommenden Samstag in der „Traube“ angenommen, wo auch alles Nähere bekanntgegeben wird.

Wohnpartei Deutsche Bau-Gemeinschaft A.G., Leipzig N 22. Die größte und erfolgreichste mitteldeutsche Wohnpartei, die Deutsche Bau-Gemeinschaft A.G., Leipzig N 22, Kaiser-Friedrich-Straße 3a, berichtet über ihre Erfolge bis zum 31. Dezember 1932 wie folgt: Bis zum 31. Dezember 1932 wurden rund 16 Millionen Mark zugelegt. Am 31. Dezember 1932 betrug die Gesamtforderung der D.B.G. an ihre Darlehensnehmer rd. 44,24 Prozent aller belehnten Grundstücks- und Gebäudewerte. Diese außerordentlich günstige durchschnittliche Beleihungsgrenze erklärt sich aus freiwilligen Mehrleistungen der Bauhalter vor und nach Darlehenszuteilung und aus sonstigen den Darlehensempfängern zur Verfügung stehenden Baupflichten. Verluste irgend welcher Art sind seit Gründung der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 1932 nicht entstanden. - Vom Beginn der Darlehensanwartschaft bis zum Zuteilungsstichtag haben gearbeitet: 464 Bauhalter bis zu einem halben Jahr, 398 über ein halbes bis ein Jahr, 272 über ein bis anderthalb Jahre, 218 über anderthalb bis zwei Jahre, 46 über zwei bis zweieinhalb Jahre, 28 über zweieinhalb bis drei Jahre und 3 Bauhalter über drei bis vier Jahre. - Einzahlungen der Darlehensempfänger bis zur Zuteilung: 294 Bauhalter 30 Prozent und mehr, 92 bis 30 Proz., 103 bis 25 Proz., 143 bis 20 Proz., 806 Bauhalter bis 15 Prozent.

Die Zunahme der Tage. In den einzelnen Monaten nimmt die Tageslänge zu im Januar um 1 Stunde 14 Minuten, im Februar um 1 Stunde 44 Minuten, im März um 2 Stunden 4 Minuten, im April um 1 Stunde 55 Minuten, im Mai um 1 Stunde 31 Minuten, bis dann die Sonne in den Tagen vom 20. bis 23. Juni ihren höchsten Stand erreicht. Sie geht in diesen Tagen um 3.30 Uhr auf und 3.24 Uhr unter, scheint also 16 Stunden und 45 Minuten. Genau 12 Minuten scheint die Sonne am 19. März; denn an diesem Tage geht sie um 6.09 Uhr auf und 6.09 Uhr unter. Am 21. März, dem Frühlingssanfang, fällt Sonnenaufgang auf 6.04 Uhr, Sonnenuntergang auf 6.12 Uhr; die Tageslänge beträgt demnach 12 Stunden 8 Minuten.

Egenhausen, 14. März. (Schwer verunglückt.) Gestern nachmittag ereignete sich in dem Gemeindefestsaal auf dem Kapf ein schwerer Unglücksfall. Anlässlich von Kanalisationsarbeiten in der Gemeinde sind einige arbeitslose junge Leute beschäftigt. Der 23jährige Flaschner Julius Braun vom Chausseehaus arbeitete für diesen Zweck im Steinbruch. Dabei gab infolge Austaunens des Gesteins gerade die Schicht, auf welcher er stand, nach und stürzte mit ihm einige Meter tief hinunter. Das Schlimmste aber war, daß ein mehrere Zentner schwerer Stein nachstürzte und sehr wahrscheinlich den Gefallenen recht unglücklich traf. Wie man hört, könnte es sich sogar um eine Rückenmarkverletzung handeln, da er in beiden Füßen kein Gefühl mehr hatte. Schwer verletzt wurde der Unglückliche mit dem Sanitätsauto ins Bezirkskrankenhaus nach Nagold überführt. Wir wünschen dem Bedauernswerten, daß ihm sein junges Leben erhalten bleibt und er bald seine volle Gesundheit wieder erlangt. - Seit gestern nachmittag ist auf dem hiesigen Rathaus die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt, die Hafenkreuzfahne soll heute folgen.

Ebershardt, 14. März. (Vom Darlehensfassenverein.) Bei der Generalversammlung, die in der „Krone“ stattfand, berichtete Vorstand, Gemeindepfleger Haselmaier über das vergangene Geschäftsjahr. Der Kassenbericht, durch Rechnungsführer Harimann verlesen, ergab einen Buchumlauf von 417 000 Mark, und einer Barumlauf von 83 000 Mark. Der Reingewinn betrug deuter 305 Mark. Die Versammlung brachte in ihrer Aussprache zum Ausdruck, die Anschaffung einer Saatreinigungsmaschine nicht aus dem Auge zu lassen. Eine, in den nächsten Tagen hier stattfindende Vorführung einer solchen Maschine, sollte den endgültigen Beschluß herbeiführen. Für das bevorstehende Aufsichtsratsmitglied Ehr. Büttke, das der Vorliegende durch Aufstehen der Mitglieder ehren ließ, wurde Christian Sprenger gewählt. Nach Schluß wurden noch allgemeine landwirtschaftliche Fragen besprochen.

Bad Liebenzell, 14. März. (Zur Bürgermeisterwahl.) Letzten Sonntagnachmittag stellten sich im Städtischen Kurlokal die Kandidaten für die Bürgermeisterwahl vor. Acht Meldungen lagen ursprünglich vor, darunter zwei von Akademikern. Sechs Kandidaten hatten jedoch ihre Bewerbung wieder zurückgezogen, so daß nur zwei Bewerber, Stadtpfleger Klepfer-Bad Liebenzell und Rechnungsrat Schäiger-Tallingen vor der Bürgerhaft sprachen. Nach kurzer Begrüßungssprache durch Bürgermeistersamtsverweiser Sauter entwickelten die Kandidaten ihr Programm. Beide Herren ernteten viel Beifall.

Freudenstadt, 14. März. (Neue Verhaftungen von Kommunisten.) Hier wurden in den letzten Tagen wieder einige Funktionäre der kommunistischen Partei in Schußhaft genommen.

Schwenningen, 14. März. (Württ. Hohenz. Jung-Handwerk.) Die Ortsgruppe des Junghandwerks in Schwenningen veranstaltete am 18. bis 20. März in Schwenningen eine Schau handwerklicher Arbeiten des Junghandwerks. In diesem Zusammenhang hat die Ar-

beitsgemeinschaft des Württ.-Hohenz. Junghandwerks ein Schulungstreffen auf Sonntag, den 19. März, in die Wege geleitet.

Schramberg, 14. März. (Bismard-Denkmal.) Ein schon in der Vorkriegszeit gefasster Plan, die Erstellung eines Bismard-Denkmals, soll in Erfüllung gehen. In absehbarer Zeit wird, wie das Schwarzwälder Tagblatt berichtet, mit der Erstellung eines solchen, in einfacher, aber doch würdiger Form am Bismardberg begonnen werden.

Stuttgart, 14. März. (Schuhhaft.) Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: Im Laufe des Dienstags wurde eine Reihe von Persönlichkeiten, gegen die in den letzten Tagen Gewalttätigkeiten begangen oder versucht wurden, auf Weisung des Reichskommissars für die Polizei in Württemberg zur eigenen Sicherheit in polizeiliche Schuhhaft genommen.

Für die Opfer des Weltkrieges. Im Ehrenraum des Heeresmuseums (Neues Schloss) fand am Sonntag eine Gedenkfeyer für die Opfer des Weltkrieges statt, der zahlreiche Vertreter der alten und der neuen Armee beiwohnten. General der Infanterie Frhr. v. Soden teilte mit, daß in 70 Bänden (Ehrenbüchern) die Namen von nahezu 83 000 im Weltkrieg gefallenen Württembergern verzeichnet sind, legte einen Vorderzettel auf den Ehrenbüchern nieder und wies auf die Wiedererweckung der schwarz-weiß-rotten Fahge hin, unter der die württembergischen Krieger ruhm- voll vier Jahre lang gekämpft haben.

Degerloch-Stuttgart, 14. März. (Opfer der Berge.) Aus Klagenfurt (Kärnten-Österreich) traf die telegraphische Nachricht ein, daß der Sohn einer hiesigen Familie dort auf einer Skitour abstürzte und verunglückte. Es ist dies Heinrich Daunquart.

Tübingen a. F., 14. März. (Tod infolge eines Fingerbisses.) Als im Januar der Besitzer des Gasthofs zur „Linde“, Matthias Ramsauer, einen Handwerksburschen aus seinem Lokal verweisen wollte, ließ ihn dieser in den Finger. Der sofort hinzugezogene Arzt stellte eine schwere Blutergussung fest, die die Heberführung des Verletzten in ein Krankenhaus notwendig machte. Nunmehr ist am Samstag der Verletzte trotz aller Bemühungen der ärztlichen Kunst seinen quälenden Leiden erlegen.

Bisingen, W. Ludwigsburg, 14. März. (Schließung einer Turnhalle.) Die Turnhalle der Sportvereins-Bisingen ist auf Anordnung des Oberamts aus Gründen der Sicherheit und Ordnung geschlossen worden.

Neuenstadt, W. Kedarfulm, 14. März. (Ehrenbürger.) Der Stadtrat hat in feierlicher Sitzung einstimmig beschlossen, den Reichspräsidenten v. Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen. Die Hauptstraße wird künftig „Adolf-Hitler-Straße“, der äußere Marktplatz „Hindenburgplatz“ heißen.

Tübingen, 14. März. (Beleidigung des Reichskanzlers.) Der Polizeibericht meldet: Am Nachmittag des 13. März mußte ein 23jähriger Mann, der in der Wirtschaft zum Bären den Reichskanzler öffentlich beleidigte, in Schuhhaft genommen werden. Er steht seiner Bestrafung entgegen.

Heilbronn, 14. März. (Vederdiebstahl aufgeklärt.) In der Nacht zum 4. März drangen Einbrecher in einen Lagerraum im Schäufelerschen Anwesen ein und entwendeten dort aufgestapeltes Oberleder im Wert von 1500 RM. Die von der Kriminalpolizei sofort eingeleiteten Nachforschungen haben dieser Tage zum Erfolg geführt. Als Täter wurden die 22 Jahre alten Arbeiter Hans Lorez und Ernst Rammingen vor hier ermittelt. Der Hehlerlei überführt sind der 21 Jahre alte Maler Paul Uminger von Renningen und der 20 Jahre alte Kaufmann Hans Spindler in Untertürkheim. Sämtliche Beschuldigten sind festgenommen. Die ganze Beute konnte in Renningen, wo sie im elterlichen Hause des Uminger versteckt war, wieder beschlachtet werden.

Freiburg, 14. März. (Antwort des Reichspräsidenten.) Auf das Telegramm der badischen Zentrumsfraktion an den Reichspräsidenten ging vom Staatssekretär Dr. Meißner beim Prälaten Dr. Höhr folgendes Schreiben ein: Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang des im Namen der badischen Zentrumsfraktion eingegangenen Telegramms ergeben zu bestätigen. Der Herr Reichspräsident hat das Telegramm dem Herrn Reichskanzler mit dem Erlauchen am Nachprüfung zugeleitet.

Konfirmanden 1933

Kirchspiel Pfalzgrafeweiler

26 Knaben, 30 Mädchen

Pfalzgrafeweiler: Hans Kirchenmann, Emil Dieterle, Ernst Greule, Erwin Steeb, Otto Dieterle, Albert Reicherl, Karl Pfeifferle, Walter Fejer, Alfred Frey, Adolf Pflanzmaier, Friedrich Wadenhut, Friedrich Ohner, Käthe Kirchenmann, Emilie Raitsh, Irma Volz, Charlotte Volle, Frida Klath, Lina Scheu, Anna Wagner, Frida Dieterle, Ella Genlinger, Frida Luz, Lina Haas, Emilie Genlinger, Klara Greule, Martha Hartmann, Irma Dieterle, Ilse Heide, Rosa Kern, Emilie Springmann, Hildegard Wurtz. - Durrweiler: Karl Koller, Gottlieb Dieterle, Johann Brömler, Paula Köhler, Helene Frey. - Edelweiler: Friedrich Raitsh, Alfred Lamparth, Georg Weller. - Herzogsweiler: Richard Hindennach, Albert Seeger, Hermann Hindennach, Otto Schuler, Christian Raft, Rosa Hindennach, Martha Hindennach. - Kälberbrunn: Wilhelm Girbach, Berta Raft, Lina Raft. - Neu-Ruhlfra: Karl Klump, Elsa Maier, Elsa Kaupp, Elisabeth Morlok, Hedwig Kestle, Käthe Währ. - Förbach: Eugen Steeb.

Bisingen. Knaben: Gottlieb Hauser, Hermann Koch, Sohn des Joh. Koch, Holzhauser, Wilhelm Kaupp, Kurt Sanner, Erich Stidel, Sohn des Christian Stidel. - Mädchen: Anna Maria Koch, Tochter des Joh. Koch, Holzhauser, Ida Koll, Emma Henkler.

Beihingen. Knaben: Wilhelm Kuhmaul, Christian Raftsh, Rudolf Reuther, Albert Broß, Sohn des Straßwärters Broß. - Mädchen: Clara Günther, Tochter des Wilhelm Günther, Maria Günther, Tochter des Johannes Günther, Johanna Schaible.

Anordnung des Polizeikommissars für das Land Württemberg

Stuttgart, 14. März. In den letzten Tagen haben mehrfach Schließungen und Bedrohungen von Geschäften stattgefunden. Daraus werden nicht nur die Geschäftsinhaber, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Geschäfte sowie das laufende Publikum und der allgemeine Wirtschaftsverkehr schwer betroffen. Auch die Staatsanwaltschaft und die für den Wiederaufstieg Deutschlands unentbehrliche Vertrauensbeziehung leiden unter solchen Willkürhandlungen Schaden. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden die Polizeibehörden angewiesen, diesen Uebergriffen nachdrücklich entgegenzutreten. Die SA- und SS-Führer haben die Polizeibehörden zu unterstützen und weitere derartige Vorkommnisse zu verhindern.

Maßnahmen im Bezirk der Polizeidirektion Heilbronn

Der Polizeikommissar für das Land Württemberg hat am 14. März 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit den Standartenführer Dr. Sommer als seinen Unterkommissar für den Bezirk der Polizeidirektion Heilbronn bestellt. Ihm unterstehen zu diesem Zweck sowohl die Polizeidirektion unter ihrem bisherigen Leiter, Polizeidirektor Wilhelm, als auch die SA- und SS-Formationen.

Das Auslandsdeutschtum und die deutsche Erneuerungsbewegung

Stuttgart, 14. März. Das Deutsche Auslandsinstitut Stuttgart veröffentlicht an leitender Stelle des Märzheftes seiner Halbmonatsschrift „Der Auslandsdeutsche“ einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Wir wenden uns an unsere treuen und bedächtigen Freunde im Ausland, die mit erhöhtem Eifer nunmehr sich für das neu geeinte und dadurch mächtige Vaterland im Herzen des alten Europas einzusetzen. Stellt Euch mit aller Macht und Kraft hinter die Männer, die nach jahrelangem Kämpfen den Sieg der national geeinten Kräfte unseres Volkes erstritten haben. Ebnet dem Reich, das in neuen Gewande vor Euren Augen erhebt, draußen die Wege des Verständnisses, der Geltung, der deutschen Kultur. Seid gewiß, daß Reichspräsident von Hindenburg und die Reichsregierung unter Führung Adolf Hitlers alles daran setzen werden, Euch zu helfen, Eure Sicherheit zu wahren, Euch vor Leid und Unbill zu schützen!

Der württembergische Etat für 1933 10,04 Millionen RM. Defizit

Stuttgart, 14. März. Der württembergische Staatshaushaltsplanentwurf für 1933, den das Staatsministerium am 24. Februar dem Landtag vorgelegt hat, ist im Druck erschienen. Der Etatsentwurf schlägt ab mit 107 569 410 RM. Reineinnahmen und einem Staatsbedarf von 117 609 001 RM., so daß vorläufig 10 040 191 RM. ungedeckt bleiben. Wie Staatspräsident Dr. Koch in dem Begleitschreiben an den Landtagspräsidenten ausführt, konnte von der Regierung aus eine Ausgleichung des Etats noch nicht vorgenommen werden. Es muß vielmehr abgewartet werden, wie sich die Einnahmestanzelung bei den Reichsreueberweisungen gestaltet, bei der sich Württemberg wie bisher an die Schätzungen des Reiches anzuschließen haben wird.

Das Staatshaushaltsgesetz bestimmt den Steuerfuß für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wie bisher auf 3 Prozent. Das Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse wird auf 13 Millionen RM. festgelegt.

Im einzelnen beträgt der Staatsbedarf: Landtag 519 090 RM. (im Vorjahre 590 101), Staatsministerium 385 914 RM. (1. B. 417 324), Verwaltungsgerichtshof 59 600 RM. (60 900), Justizverwaltung 10 494 450 RM. (10 431 004), Innendienstverwaltung 26 579 613 RM. (26 626 283), Kulturverwaltung 41 007 964 RM. (40 727 012), Finanzverwaltung 8 130 855 RM. (6 827 710), Wirtschaftsverwaltung 8 633 440 RM. (9 471 090), Staatsschuld 1 035 000 RM. (1 000 000), Renten, Zinsen 250 145 RM. (265 000), Verpflegungen und Unterhaltungen 21 063 000 RM. (21 000 000), Kostlandsbeiträge 152 000 RM. (180 000), allgemeiner Verfügungsbetrag 90 000 RM. (90 000), zusammen 117 609 001 RM. (im Vorjahre 118 298 924).

Die Deckungsmittel betragen: Steuern 95 302 100 RM. (1. B. 96 245 100), Aufwachen des Staatsovermögens und sonstige Einnahmeweise 10 267 310 RM. (1. B. 9 953 420), ferner Zuschuß aus dem außerordentlichen Dienst bzw. der Restverwaltung 2 Millionen RM. (1. B. 9 235 488). Die Deckungsmittel betragen zusammen 107 569 410 RM. (1. B. 115 434 008), so daß der vorläufige Abmangel beträgt 10 040 191 RM. (1. B. 2 854 916). Die Steuereinnahmen sind wie folgt angelegt: Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 16 125 000 RM. (1. B. 17 740 000), Gebäude- und Grundbesitzsteuer 16 286 000 RM. (16 000 000), Gebühren und Gerichtslohn 6 717 000 RM. (7 110 000), Fleischsteuer 3 Millionen RM. (4 Millionen), Zuschlag zur Reichsgrundsteuersteuer 1 100 000 RM. (1 050 000), Einnahmen aus Reichssteuer 47 090 000 RM. (50 258 000), Steuerstrafen 100 RM. (100).

Im außerordentlichen Dienst betragen die Ausgaben: 1 756 500 RM. zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Landbau ferner 5 090 000 für Teilausbau der Landeswasserleitung, außerdem 2 Millionen RM. Zuschuß an den ordentlichen Dienst. Die Deckung erfolgt durch 2 Millionen RM. aus der Restverwaltung und 6 836 500 RM. aus Anleihen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Polen: Jungensquacke ein Raub der Flammen. Aus dem Militärflugplatz in Kampha bei Posen brach nachts in der großen Flugzeughalle der Militärflugplatz ein Feuer aus, das die ganze Halle mit den darin befindlichen Flugzeugen in Mitleidenschaft zog. Der Schaden ist sehr groß.

Die 500 000 Mark-Prämie nach Bayern gefallen. Am letzten Ziehungsstag der Preußisch-Sächsischen Klassenlotterie wurde als erster Gewinn über 1000 Mark auf Losnummer 275 882 ein Gewinn von 3000 Mark gezogen. Damit entfällt auf dieses Los die Prämie von 500 000 Mark. Die glücklichen Gewinner sind diesmal sämtlich in Bayern zu finden, und zwar wird das Los in der ersten Abteilung in Bieteln, in der zweiten Abteilung in Wetzeln gespielt.

Das Verbot der sozialdemokratischen Presse um 14 Tage verlängert. Der preußische Minister des Innern hat das Verbot der gesamten sozialdemokratischen Presse, das am Mittwoch abläuft, um 14 Tage verlängert.

In Schuhhaft genommen. Wie die Polizeidirektion München mitteilt, wurden der Hauptredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Fritz Bächner, und der Leiter des innerpolitischen Teiles des Blattes, Dr. Freiherr Erwin von Wretin in Schuhhaft genommen.

Handel und Verkehr

Streichung der tschechischen Krone an der Börse. An der Berliner Börse ist die tschechische Krone am Montag nicht notiert worden. Wie wir dazu erriethen, handelt es sich dabei um eine Abwehrmaßnahme. Die tschechoslowakische Regierung hat nämlich versucht, Deutschland auf dem Gebiete der Handelspolitik zu diskriminieren. Sie hat angeordnet, daß die Importeure deutscher Waren den Kaufpreis auf ein Konto bei einer der Prager Großbanken einzahlen, jedoch also das Geld nicht unmittelbar in die Hand der deutschen Exporteure kommt. Auf diese Weise wollte die tschechoslowakische Regierung offenbar verhindern, wie groß die Einfuhr von Deutschland ist, außerdem aber dieser Einfuhr Schwierigkeiten in den Weg legen. Von deutscher Seite wurde gleich beim Bekanntwerden dieses schändlichen Vorgehens gegen den deutschen Handel erklärt, daß Deutschland nicht annehmen sei, es rüde hinzunehmen. Als erste Gegenmaßnahme ist die tschechische Krone nicht notiert worden.

Kraftfahrzeuerverkehrsreform-Vorlage fertiggestellt. Wie wir aus Berlin hören, ist die Vorlage über eine Reform der Kraftfahrzeuerverkehrssteuer nunmehr fertiggestellt, nachdem sämtliche beteiligten Ministerien — Reichslinanz-, Reichsverkehrs- und Reichswirtschaftsministerium — hierzu Stellung genommen haben und dabei volle Einmütigkeit erzielt worden ist. Einzelheiten über die Vorlage können jedoch noch nicht mitgeteilt werden, da sie dem gesamten Reichsministerium noch nicht unterbreitet worden ist. Man hofft, mit Rücksicht auf den Ablauf der bisherigen Bestimmungen am 31. März in Kürze die geplante Regelung durchzuführen zu können. An dem grundsätzlichen Entwurf einer mehrmonatigen Steuerfreiheit und einer Vereinfachung des bisher erhobenen Aufwandes bei Teilschlüssen hat sich nichts geändert.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 14. März

Buttrieb: 27 Ochsen, 55 Sullen, 200 Junghullen, 344 Kälber, 301 Rinder, 1399 Kälber, 2494 Schweine, 6 Schafe. Unverkaufte: 1 Ochse, 4 Kälber, 5 Rinder, 134 Schweine.
 Ochsen: ausgem. 26-28 (25-26), vollk. 23-25 (22-24), II. 19-21 (18-20).
 Sullen: ausgem. 24-25 (ann.), vollk. 22-23 (ann.), II. 20-21 (ann.).
 Kälber: ausgem. 22-25 (22-24), vollk. 16-19 (ann.), II. 12 bis 14, ger. 9-11 (ann.).
 Rinder: ausgem. 30-32 (30-31), vollk. 25-28 (ann.), II. 21-24 (ann.).
 Kälber: feinde Kopf- und beste Saugt. 39-43 (ann.), mittl. 36-38 (34-37), ger. 31-34 (30-33).
 Schweine: über 300 Pfd. 40 (42), von 240-300 Pfd. 39 bis 40 (41-42), von 200-240 Pfd. 38-39 (39-41), von 160 bis 200 Pfd. 36-38 (37-39), von 120-160 und unter 120 Pfd. 34-35, Sauen 28-33 (30-34) RM. — Verkauf: Großvieh mäßig belebt; Kälber belebt; Schweine langsam.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 14. März. Weizen märk. 198 bis 200, Roggen märk. 155-157, Traubener 172-193, Futter- und Industrieernte 163-171, Daler märk. 125-129, Weizenmehl 23.50-27.25, Roggenmehl 20.90-22.75, Weizenkleie 8.75 bis 9, Roggenkleie 8.75-9, Viktorienbrot 21-24, Heine Speiseerbsen 19-21, Futtererbsen 13-15 RM. Hafermehl Tendenz: schwächer.

Märzemer Schlachtviehmarkt vom 14. März. Buttrieb: 3 Ochsen, 3 Kälber, 48 Rinder, 19 Füllen, 48 Kälber, 103 Schweine. Preise: Ochsen 23-28, Füllen 22-25, Kälber 12-22, Rinder 25 bis 31, Kälber 35-43, Schweine 43-45 RM. Marktverlauf: mäßig belebt.

Oberndorf a. N., 13. März (Viehmarkt). Der heutige Viehmarkt zeigte ein etwas besseres Gesicht als bisher. Der Handel war ansehnlich, wenn auch die Preise eine besondere Steigerung nicht erfuhren. Es wurden beispielsweise bezahlt für einjährige Stiere 185 und 197 M.; für zwei jährige Stiere wurden 350 M. geboten. Von schönem Jungvieh stand halbjähriges im Preise von 80-90 M., jähriges in solchem von 120-130 M. Eine trächtige Kalbin wurde um 297 M., eine trächtige Kuh um 228 M. abgesetzt. Ochsen wurden verkauft um 300 und 322 M.

Letzte Nachrichten

Demission des Botschafters in Washington?

London, 14. März. Wie Reuter aus Washington meldet, hat der dortige deutsche Botschafter v. Britzsch und Gaffron im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel in Deutschland um Enthebung von seinem Posten gebeten.

Festtag des Landtags als nationalsozialistischer Fraktionsraum

Berlin, 14. März. Da die üblichen Säle des preußischen Landtags keinen ausreichenden Platz für die 211 Abgeordnete umfassende nationalsozialistische Fraktion des neuen Landtags enthalten, ist der Festtag des preußischen Landtags für Fraktionsitzungen der NSDAP. aussersehen. Ueber die für Donnerstag, den 16. März, vorgesehene erste Fraktionsitzung der Nationalsozialisten im Landtag teilt der preussische PresseDienst der NSDAP. mit, daß dabei die Verpflichtung der einzelnen Abgeordneten auf den Führer der NSDAP., Reichsminister Adolf Hitler, erfolgen solle. Weiter werde die Fraktion ihre Vertretungen für die Landtagsauschüsse bestimmen, und technische Angelegenheiten regeln. Reichsminister Adolf Hitler habe sein Erscheinen zu dieser Fraktionsitzung bereits zugesagt.

16 Bezirksbürgermeisterstellen in Berlin werden neu besetzt

Berlin, 14. März. In diesen Tagen sind 16 Bezirksbürgermeisterstellen in Berlin neu zu besetzen, weil die bisherigen Inhaber dieser Stellen aus ihren Ämtern scheiden, und zwar teilweise, weil ihre Wahlzeit abgelaufen ist, teilweise, weil sie die Altersgrenze erreichen, teilweise aber auch, wie Bürgermeister Kohl (SPD.), weil sie in Korruptionsprozessen verurteilt oder ihres Amtes enthoben worden sind. Nur fünf Bezirksbürgermeister bleiben in ihren Ämtern.

Industrie- und Handelskammer Stettin befundet ihre Verbundenheit mit der nationalen Front
Stettin, 14. März. Im geschäftsführenden Ausschuss der Industrie- und Handelskammer Stettin gab deren Präsident, Unterstaatssekretär a. D. Dr. Töpfer, eine einstimmig angenommene Erklärung ab, in der er zunächst mit Genugtuung feststellte, daß die Kammer zum ersten Male in der Börse tage, auf deren Dach die schwarz-weißen roten Farben und die Hafentruzfahne wehten. Die Kammer benutze die erste Gelegenheit zu befunden, daß sie in enger Verbundenheit zur nationalen Front stehe und ihr Gefolgschaft leisten wolle.

Staatspartei in Anhalt löst sich auf

Deßau, 14. März. Die Anhaltische Staatspartei hat ihre Auflösung beschlossen.

Der Republikanische Richterbund hat sich aufgelöst
Berlin, 14. März. Der Republikanische Richterbund hat seine Auflösung beschlossen und durchgeführt.

Die Störung der Königsberger Kundstufrede des Reichsfinanziers — Der Täter verhaftet

Potsdam, 14. März. Die Uebertragung der Kundstufrede des Reichsfinanziers aus Königsberg in Preußen war in der Gegend von Lehnin gestört worden. Die Polizei hat jetzt den kommunistischen Spitzenkandidaten der Lehniner Gemeindevertretung, den Ruffner Wilhelm Grube, als Täter verhaftet. Er hatte bei dem Dorf Rahnitz einen geerdeten blanken Draht über die Hochspannungsleitung geworfen und damit den Strom ausgeschaltet. Grube wurde in das Amtsgericht nach Brandenburg gebracht.

Falsches Gerücht über Rücktritt der österreichischen Regierung

Wien, 14. März. Gegenüber der Meldung einer ausländischen Korrespondenz, daß die Regierung Dollfuß demissioniert habe, wird der Amtlichen Nachrichtenstelle mitgeteilt, daß diese Meldung jeder Grundlage entbehrt.

Wiederoöffnung der Börsen und Märkte in den USA.
Newport, 14. März. Die Effektenbörse wird am Mittwoch wieder eröffnet. Ebenso wird der offizielle Handel in Metallen, Zuder und Kaffee und anderen Erzeugnissen am Mittwoch wieder aufgenommen.

Gestorben

Saigersbrunn-Hohlgasse: Marie Gaiser Wwe., geb. Gaiser, 68 Jahre alt.

Wetter für Donnerstag

Ueber dem Festland liegt ein ausgedehneter Hochdruckrücken, unter dessen Einfluß für Donnerstag vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.
 Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Turnverein Altensteig.

Vom 22.-30. Juli 1933 wird in Stuttgart das 15. Deutsche Turnfest in größtem Ausmaße durchgeführt. Die Mitglieder, sowie die ganze Einwohnerschaft von hier und Umgebung werden zum zahlreichen Besuch des Festes aufgefordert.

Festkarten im Vorverkauf bis einschließlich 31. 3. 1933 für Erwachsene 5.— M., ab 1. April 6.50 M. für Jugendliche 3.50 M., ab 1. April 4.50 M.

Kommenden Samstag abend Turnversammlung im Lokal, wo Meldungen für die Festkarten anzunehmen werden.

Flotte Neuheiten in
Frühjahrs-Mänteln
 sind eingetroffen.
 Ich bitte höfl. um Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.
Gustav Wucherer
 Altensteig

Bieh-Verkauf.

Von Freitag morgen 8 Uhr ab habe ich in meiner Stallung im „Deutschen Keller“ in Altensteig einen großen Transport

trächtige Kalbinnen
 Milchkühe
 und schönes Jungvieh
 zum Verkauf, wozu Liebhaber einladen



Mag Lemberger, Rellingen.

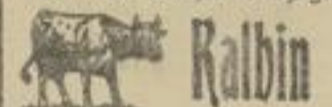
Zur Konfirmation

empfehle
 schwarze Kleiderstoffe
 Samte, fert. Unterröcke
 Hemden, Schlupfhosen
 Strümpfe
 Kragen, Cravatten
 Haarband
 zu bekannt billigen
 Preisen

Christiane Schmidt.

Hefelbronn.

Eine 39 Wochen trächtige



Ralbin
 (leicht gewöhnt), oder junge gute Rug- und Fuheluh 30 Wochen trächtig, verkauft Brann.

Freitag und Dienstag (Abfahrt 7.30 Uhr.)

Fahrt nach Stuttgart

Anmeldungen im Gasthof Grüner Baum, Telefon 290.

Städtische Sparkasse Altensteig

Gegründet im Dezbr. 1836.

Geschäftskreis:
 Annahme von Spareinlagen und Kündigungsgeldern, Giro-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr, Gewährung von Darlehen und Krediten, Ankauf guter Warenwechsel, Vermittlung des Verkaufs fremder Geldsorten u. Devisen, Wertpapier An- und Verkauf, sowie -Verwahrung, Fachmännische Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Selbständige, unabhängige
 Geldausgleichsstelle für Jedermann.

Alle Formulare

für Bürgermeister- und andere Ämter
 sind zu beziehen durch die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
 Altensteig
 Telefon SA. 321

Alle Gartengeräte

wie:
 Spaten, Hauen, Rechen, Scheren, Baumsägen, Baumkratzer usw.

Drahtgeflechte, Drähte

billig bei
Eisenhandlung
Karl Bühler Paul Beck
 am Marktplatz.

